

presse

Gedenktag am 20. Juni soll an Opfer von Flucht und Vertreibung erinnern

Eva Högl, stellvertretende Fraktionsvorsitzende;

Hiltrud Lotze, stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Kultur und Medien:

Mit dem Beschluss der Bundesregierung, ab dem Jahr 2015 jährlich am 20. Juni der Opfer von Flucht und Vertreibung zu gedenken, wird der Auftrag des Koalitionsvertrages umgesetzt, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung durch einen Gedenktag lebendig zu halten.

„Der von der Bundesregierung am Mittwoch beschlossene Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung knüpft ausdrücklich an den am 20. Juni weltweit begangenen Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen an. Damit soll die notwendige Ächtung von Vertreibungen um das Gedenken und das Erinnern an die Opfer von Vertreibungen erweitert werden.

Flucht und Vertreibung sind ein wichtiger Bestandteil unserer nationalen Erinnerungskultur und der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung dafür, an die Opfer und Folgen nationalistischer Expansions- und Vernichtungspolitik zu erinnern und gemeinsam mit seinen europäischen Nachbarn zur Versöhnung und zur Aufarbeitung beizutragen.

In diesem Sinne soll künftig nicht nur der vielen Menschen gedacht werden, die weltweit aufgrund von kriegesischen und gewalttätigen Auseinandersetzungen, politischen, ethnischen und religiösen Gründen gezwungen sind zu fliehen und ihre Heimat verlassen. Wir wollen auch der deutschen Vertriebenen gedenken, die infolge des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat flüchten mussten. Damit würdigen wir ihren Einsatz und das ihrer

Nachfahren für den Aufbau unserer Gesellschaft und ihr Bemühen um die Versöhnung mit unseren Nachbarn. Gerade für die kommenden Generationen wird es in einem geeinten und friedlichen Europa wichtig sein zu erkennen, welchen Wert Frieden und Freiheit besitzen und dass es gleichwohl nötig ist, immer wieder neu dafür einzutreten.“